

EINGEGANGEN

18. Dez. 2014

Erl. PE 118/8



E-CONTROL

Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke
Hrn. Mag. Roland Tropper
Augasse 20
8020 Graz

per RSb

Aktenzahl V KOR 44/14	Ihre Nachricht vom	Posteingangs-Nr.	Postausgangs-Nr. 3795	Name Dr. Helmreich/hha	DW 415	Datum 12.12.2014
--------------------------	--------------------	------------------	--------------------------	---------------------------	-----------	---------------------

Pflichten des Netzbetreibers und des Lieferanten nach der Wechselverordnung 2014 – Abschaltung als ultima ratio

Sehr geehrter Herr Mag. Tropper,

in den letzten Wochen langten Beschwerden bei der Schlichtungsstelle ein, wonach Netzbetreiber zum Teil eine eigenständige Einleitung einer Anmeldung ablehnen, obwohl der Kunde einen alternativen Lieferanten nennt oder sogar einen unterschriebenen Vertrag vorlegt. Insbesondere geht es bei den Beschwerden darum, dass die Anmeldung durch den Lieferanten über die Wechselplattform aufgrund von Datenabklärungsproblemen nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann und der Lieferant dem Kunden empfiehlt, sich an den Netzbetreiber zu wenden, damit dieser die Anmeldung über die Wechselplattform vornimmt. Der Netzbetreiber verweigert dann in den sachverhaltsgegenständlichen Fällen die Anmeldung mit der Begründung, dass die Anmeldung Sache des Lieferanten sei. In einigen Fällen führte dieses Verhalten bereits zu Abschaltungen der Kundenanlage, obwohl der Kunde rechtzeitig alle Voraussetzungen für die Versorgung durch einen alternativen Lieferanten erfüllt hatte. In weiteren Fällen wurde der vom Netzbetreiber ordnungsgemäß übermittelte Belieferungswunsch von den betroffenen Lieferanten nicht in der dafür vorgesehenen Frist beantwortet, sodass es auch hier vereinzelt zu Beschwerden über Abschaltungen kam.

Aufgrund der Novelle des § 76 EIWOG 2010 bzw § 123 GWG 2011 (BGBl I Nr 174/2013) sind am **3.11.2014** Teile der Wechselverordnung 2014 (nachfolgend „WVO 2014“) in Kraft getreten [also insb §§ 1 bis 7 WVO 2014 samt Punkt 1 des Anhangs („*Gemeinsamen Bestimmungen für den Lieferantenwechsel, die An- und Abmeldung sowie den Widerspruch*“) sowie Punkt 3 des Anhangs („*Anmeldung*“) der WVO 2014]. Die übrigen Kapitel des Anhangs treten nach § 7 Abs 2 WVO 2014 mit 1.6.2015 in Kraft.

Pflichten des Netzbetreibers:

Nach der WVO 2014 ist der Netzbetreiber verpflichtet – nach einer vom Lieferanten angestoßenen Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation – unter **Wahrung der gebotenen Sorgfalt** alle Anstrengungen zu unternehmen die **Identifikation der Endverbraucheranlage** herbeizuführen (vgl dazu die Erläuternden Bemerkungen zu § 3 Abs 3 sowie zu Punkt 3.1. zum Anhang der WVO 2014). Ist eine (auch manuelle) Identifikation dennoch nicht möglich, muss der Endverbraucher keinen Energieliefervertrag oder eine Lieferbestätigung beibringen, vielmehr reicht eine **formlose Bekanntgabe des gewünschten Lieferanten** bis zum Ende des darauffolgenden Arbeitstages (vgl dazu Punkt 3.2.1. des Anhangs der WVO 2014 sowie die Erläuternden Bemerkungen dazu). Schon nach der Wechselverordnung Strom und Gas 2012 war die Neuansmeldung durch den Netzbetreiber (oder durch den Lieferanten) durchzuführen, dies hat sich durch die WVO 2014 somit nicht geändert: Gem Punkt 3.2.3. des Anhangs der WVO 2014 ist der **Netzbetreiber verpflichtet**, den neuen Lieferanten unverzüglich, längstens innerhalb von einem Arbeitstag von einem derartigen „**Belieferungswunsch**“ zu verständigen.

Pflichten des Lieferanten:

Der Lieferant ist in weiterer Folge gem Punkt 3.2.3. letzter Absatz des Anhangs der WVO 2014 – nach Übermittlung des „Belieferungswunsches“ durch den Netzbetreiber – verpflichtet, innerhalb von 8 Arbeitstagen den „**Belieferungswunsch**“ zu **bestätigen**.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass der Netzbetreiber während einer Frist von 10 Arbeitstagen jedenfalls von einer Abschaltung abzusehen hat, somit ist eine **Abschaltung** die **ultima ratio** (vgl dazu auch die Erläuternden Bemerkungen zu Punkt 3.2.3. und 3.3.2. des Anhangs der WVO 2014). Wenn der Endverbraucher später, als der vorgegebenen Frist (unverzüglich, längstens jedoch bis zum Ende des darauffolgenden Arbeitstages), den Lieferanten dem Netzbetreiber bekanntgibt, verkürzt sich die Frist von 8 Arbeitstagen (Punkt 3.2.3. des Anhangs

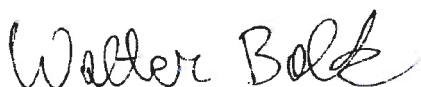
der WVO 2014) entsprechend, sodass es in diesem Fall zu keinen Abschaltungen kommen darf (vgl dazu insb auch das Beispiel in den Erläuternden Bemerkungen zu Punkt 3.2.1. des Anhangs der WVO 2014).

Bei Nichteinhaltung der soeben – auf Grundlage der WVO 2014 – beschriebenen Vorgehensweise, sei es durch den Netzbetreiber oder durch den Lieferanten, ist eine zivilrechtliche Inanspruchnahme durch Endverbraucher zu beachten: Der Kunde kann insb **Schadenersatz** aufgrund einer Schutzgesetzverletzung nach § 1311 Satz 2 ABGB geltend machen, bei der sich das Verschulden nicht auf den schädigenden Erfolg, sondern nur auf die Übertretung der WVO 2014 beziehen muss. Darüber hinaus ist zu betonen, dass derartige Verhaltensweisen auch **verwaltungsstrafrechtlich sanktioniert** sind (insb § 99 Abs 1 Z 6 EIWOG 2010 bzw § 159 Abs 1 Z 7 GWG 2011).

Wir gehen daher davon aus, dass sich sowohl Netzbetreiber als auch Lieferanten künftig an die von der WVO 2014 vorgegebenen Vorgehensweise halten und sich daher die eingangs erwähnten Beschwerden reduzieren werden. Andernfalls ist auf das doppelte rechtliche Risiko (zivil- und verwaltungsstrafrechtliche Haftung) sowohl für Netzbetreiber als auch Lieferanten nochmals explizit hinzuweisen.

Wir ersuchen Sie Ihre Mitgliedsunternehmen dahingehend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Energie-Control Austria



DI Walter Boltz
Vorstand



DI (FH) Mag. (FH) Martin Graf, MBA
Vorstand